

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10424, 16/10425 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Zu den Hauptursachen von Finanzkrise und wirtschaftlicher Rezession gehört der Ausbau des Verbriefungsmarktes und die Zulassung von Hedgefonds. Hedgefonds wurde es ermöglicht, solide Unternehmen zu kapern, auszuweiden und zu Grunde zu richten. Die Wertlosigkeit von Kreditforderungen konnte durch Verbriefungen verschleiert werden. Die entstehenden Milliardenverluste werden jetzt vergesellschaftet und den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufgebürdet.
- Die Krise kann nur durch ein wirksames, in sich schlüssiges Konjunkturprogramm und die Reregulierung der Finanzmärkte überwunden werden: Zulassungspflicht für bestehende und neu entwickelte Finanzprodukte durch einen Finanz-TÜV, drastische Reduzierung und wo nötig Verbot von besonders riskanten Finanzinstrumenten, Rücknahme der Zulassung von Hedgefonds, Einführung von Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen.
- Der Haushalt der Regierungskoalition folgt dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben. Fehlende Einnahmen werden bei den Leistungen für sozial Benachteiligte eingespart. Notwendig ist jedoch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens.
- Im Haushalt fehlt ein Maßnahmenbündel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben.
- Im Haushalt fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein wirksames und in sich schlüssiges Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben, insbesondere die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm

- | | |
|---------------|--|
| 4 Mrd. Euro | für den Ausbau der Kinderbetreuung |
| 4 Mrd. Euro | für einen attraktiven öffentlichen Personennah- und -fernverkehr (ÖPNV), der auch Gleichstellung sichert (Frauen nutzen den ÖPNV überdurchschnittlich) |
| 3,6 Mrd. Euro | für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien, unter anderem durch einen Wettbewerb „Energiewende in den Kommunen“ |
| 3,5 Mrd. Euro | für den Hochschulpakt |
| 3 Mrd. Euro | für eine kommunale Investitionspauschale |
| 2,5 Mrd. Euro | für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern |
| 1 Mrd. Euro | für Prävention und Gesundheitsförderung |
| 600 Mio. Euro | für Konversionsmaßnahmen |
| 510 Mio. Euro | für die Erhöhung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes |
| 500 Mio. Euro | für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften |
| 500 Mio. Euro | für die energetische Gebäudesanierung |
| 500 Mio. Euro | für die Förderung der Hochschulmedizin |
| 500 Mio. Euro | für die Erwachsenenbildungsförderung |
| 44 Mio. Euro | für Förderprogramme im Ausbildungsbereich für benachteiligte Jugendliche |
| 34 Mio. Euro | für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in Ostdeutschland |
| 34 Mio. Euro | für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern |
| 18 Mio. Euro | für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten) und Ausdehnung des Programms auf alle Bundesländer |
| 9 Mio. Euro | für die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern |
| 5 Mio. Euro | für die Verkürzung der Dauer der Patentbearbeitung |

2,5 Mio. Euro für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen

0,3 Mio. Euro für Investitionen der Stiftung für das sorbische Volk

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm Jugend und Innovation sind erforderlich:

8,4 Mrd. Euro zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und im Alter auf 435 Euro pro Monat

3,3 Mrd. Euro Kinderzuschlag

2,5 Mrd. Euro zur Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (Finanzierung aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit)

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit geringem Einkommen

2,5 Mrd. Euro zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

29 Mio. Euro insbesondere zur Finanzierung der wegen fehlender Mittel abgelehnten Modellprojekte

Finanzierung

39,4 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent, Wiedereinführung der Börseumsatzsteuer und Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel. Die Steuerfahndung bei Großunternehmen, Banken sowie Einkunftsmillionären wird ausgebaut.

3,6 Mrd. Euro durch die Beendigung von Auslandseinsätzen, den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter, Tornado und Airbus 400 Transporter sowie weiterer Einsparungen im Verteidigungsetat

2,6 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 25. November 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

